

# Herborner Tageblatt.



Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.  
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— Mk.  
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag  
J. M. Bed'sche Buchdruckerei  
Otto Bed.

Inserate: Kleine Zeitschrift 20 Pfg.  
Fernruf: Nr. 20.  
Postcheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 272.

Dienstag, den 19. November 1918.

75. Jahrgang.

## Heimweh?

Professor Dr. Hugo Preuss in Berlin, der bekanntlich fortgeschrittliche Sozialreformer, ist zum Staatssekretär des Innern ernannt worden. Wenige Tage vor seiner Ernennung ließ er einen Artikel erscheinen, der gegen die neue Regierung gerichtet war, weil sie nur eine einzige Klasse in ihrer Mitte dulde. Er nannte darum unsere gegenwärtige Staatsverfassung den „Obrigkeitsstaat vor unten!“ Hierzu schreibt uns ein liberaler Politiker:

„Ist es wirklich schon so weit, nach acht Tagen freier Revolution? So weit, wie ein unermüdlicher Vorkämpfer der bürgerlichen Demokratie es offen bekannnte, daß aus immer zahlreicheren Stimmen bereits so etwas wie Heimweh nach den Fleischtöpfen der alten Regierung, des eben erst überwindenen Obrigkeitsstaates herausklinge!“

Wer hätte freilich auch daran gedacht, daß wir fünf Wochen nach dem Amtsantritt des Prinzen Max von Baden eine Regierung haben würden, in der keine einzige bürgerliche Partei vertreten ist? Eine Regierung ohne Bundesrat und Reichstag neben sich, ein Sechsmännerkollegium, das für sich mit dem Rechte der Revolution alle Gewalten in Anspruch nimmt und dem Volke, von dem noch in den Rundgebungen ihrer unmittelbaren Vorkämpferin so viel die Rede war, nur ein paar mehr oder weniger verbindliche Redewendungen zuweist, mit denen sich ebenso wohl alles wie auch gar nichts anfangen läßt?

„Wohin man hört im deutschen Bürgerum: nur eine Stimme über die Selbstherrlichkeit der neuen Männer. Auf der einen Seite müssen sie selbst eingestehen, daß sie ohne Mitwirkung der pflichttreuen Beamtenenschaft in Stadt und Land, ohne die tatkräftigste, opferbereiteste Unterstützung aller Parteien und Richtungen des deutschen Volkes verloren wären. Auf der anderen Seite wollen sie allen Nicht-Sozialisten die politischen Rechte entziehen, wollen sie von der Macht im Staate ausschließen und ihnen Neuerungen rein sozialistischer Charakteres auferlegen. Wie hat man noch ganz vor kurzem den Zusammenschluß der Mehrheitsparteien des Reichstags als den Anbruch einer neuen Zeit in Deutschland gefeiert, die politische Willensbildung des Volkes damit für immer gesichert angeheben — und heute ist das alles überholt, veraltet. Heute herrscht eine Partei in Deutschland, herrscht unumschränkt und ganz ausschließend; und das Volk? Es soll gehorchen. An die Stelle der zahllosen Verordnungen des Bundesrats bringt jetzt jeder Tag eine nicht minder reiche Fülle von Aufträgen, Befehlen, Witten und Bekanntmachungen, bei denen kein sachverständiger Beitrag mehr, höchstens ein politischer Lehner gehört wird. Und so gut auch die Absichten sind, die vielfach dabei obwalten — an guten Absichten hat es auch früher nicht gefehlt. Was jetzt hinzugekommen ist, schmeckt mehr nach Kaiserherrschaft als nach wirklichem Volkswillen, und die Seiten sind doch eigentlich, sollte man meinen, nicht danach angetan, um Experimente aller Art zu veranstalten. Bei allen Auserwehlungen und Stellenbefestigungen liest man immer wieder nur sozialistische und unabhängige Namen, als hörten jenseits dieser beiden Parteien Sachkunde und Vaterlandsliebe völlig auf. Kann dieses Verfahren damit gerechtfertigt werden, daß das Bürgerum auch an seinem Teile den Zusammenbruch der alten Gesellschaft mitverschuldet habe und daß es aus eigener Kraft niemals den gründlichen Wechsel der Dinge hätte herbeiführen können? Das wäre doch eine sehr kurzlichige Beweisführung; denn nur darauf kann es ankommen, ob die neue Regierung ihrerseits aus eigener Kraft den Staat wieder aufzurichten und in Gang zu halten vermag. Und davon kann doch wohl im Ernst gar keine Rede sein.“

„So hörte man reden im Bürgerum und Beamtenum. Nicht, als ob dabei auch nur eine Spur von Brotneid etwa mitspräche, beiseite nicht. Wohl niemand reut sich heute nach Verantwortlichkeit, wo die Staatsgeschäfte so fürchtbar verfahren sind. Aber jedermann fragt sich doch, ob die neuen Herren die Fähigkeit besitzen, alles selbst zu machen, unter völligen Ausschluß derjenigen Kreise des Volkes, die bisher in Regierung und Verwaltung ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben. An eine Bejahung dieser Frage kann einweilen um so weniger gedacht werden, als der „Rat der Volksbeauftragten“ sich einmal schon jetzt mit Aufgaben belastet, die er auf ruhigere Zeiten verschieben könnte, und als er andererseits offensichtlich mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen hat, die seine Handlungsfreiheit in sehr erheblichem Maße behindern. Das alles aber bedingt Gefahren, die unser Volk nur zu deutlich vorausempfindet. Sie weisen zum bolschewistischen Terror, zu rechtloser Gewalt, zur völligen Zerrüttung unseres wirtschaftlichen Lebens. Den demokratischen Volksstaat hatten wir vor Augen, als die überlebten Fesseln des Obrigkeitsstaates abgestreift wurden. Sollen wir statt dessen mit der Zwangsherrschaft nach russischem Muster beglückt werden, so mögen bolschewistische Schwärmergeister daran ihre Freude haben. Das deutsche Volk dagegen wird sich für solche Wohltat bedanken.“

Die Ausschaltung des Bürgerums muß abwärts führen. Deshalb darf sie unter keinen Umständen zum Grundgesetz erhoben werden. Sobald es irgend möglich ist, muß vielmehr zur Ausschreibung von Wahlen für die allgemeine Nationalversammlung geschritten werden, damit auch dem deutschen Volke sein Selbstbestimmungsrecht Anteil werde, das den Polen und Ukrainern, den Letten und Litauern erkritten wurde. Erst wenn das geschehen ist, werden wir mit Recht sagen können, daß Deutschland sich endlich selbst regiert. Erst dann wird die innere Notwendigkeit der November-Revolution überzeugend bewiesen sein.“

## An Deutschlands Jugend.

Berlin, 17. Nov. Folgender Aufruf erscheint in den Blättern. Es ist ein bemerkenswertes Zeichen der Zeit, denn seine Urheber und Unterzeichner sind in der Hauptsache jüngere Beamte des auswärtigen Dienstes, darunter sollen sich mit die tüchtigsten befinden.

An Deutschlands Jugend!  
Deutsche Jugend, deine Stunde hat geschlagen! Der Geist, der 1848 die deutschen Lande durchwehte, hat sich in jähem Durchbruch den Weg ins Freie gebahnt. Ein Sturmwind hat das alte Gebäude mit samt seinen Grundmauern davongetragen. Wir streiten nicht, was gut und schlecht an ihm war. Ein neues Haus gilt es zu bauen, dazu taugen die alten Parteien nicht mehr. Tut euch zusammen, stoßt sie um, oder zwingt sie, sich zu erneuern. Die gesamtdeutsche Nationalversammlung soll in der Paulskirche den großdeutschen Volkstag errichten. Die Bismarcksche Lösung der deutschen Frage war nie eine endgültige. Mit Monarchie und Konstitutionalismus sind die Pfeiler der Verfassung, Bundesrat und Präsidialmacht, gefallen. Es gilt die deutschen Stämme neu zusammenzufassen, geistlosen Zentralismus wie partikularen Eigensinn zu verhindern. Es gilt ein gesamtdeutsches Volkshaus hoch über allen Parlamenten der Einzelstaaten zu errichten und ein Staatenhaus ihm an die Spitze zu stellen, das die Einzelstaaten zu vertreten hat. Nach außen gilt es, die Befreiung der Gewalt für ewig zu bannen. Nicht laute Machgebärden, sondern jäher Kampf um unser Recht mit den Mitteln des Rechts!

Im Innern sollen alle Einrichtungen, die einzelnen Klassen eine wirtschaftliche, soziale und politische Vorkämpferchaft sichern. Dies ist das Programm der Zeit. Auch die vielfach mißbrauchte Machtstellung der Besitzenden, der großen in privater Hand monopolisierten Produktionsmittel muß durch Vergesellschaftung gebrochen werden. Andere große Aufgaben sind zu bewältigen. Sie sind lösbar nur unter einer Bedingung: Gestaltet den Geist um, in dem die Politik geführt wird, und erhebt sie wieder zur Sache aller. Erweckt das Bürgerum, zwingt die Alten, sich zu verjüngen, auf daß das deutsche Volk, das ursprüngliche, „in keiner willkürlichen Sahung erlarrt“, in seiner größten Not ewig unerschöpflich sich erneuere.“

Georg Ahrens, Richard v. Below, Graf Albrecht Bernstorff, Hans Jürgens v. Bornstedt, Karl Brinkmann, Bernhard v. Bülow, Alexander Fähr, Alexander v. Grunelius, Albert Haas, Wolfgang Huck, Kurt v. Kampfhöfener, Graf Harry Kehler, Herbert Kraus, Richard Langen, Franz zur Nedden, Karl Bistor, Friedr. v. Brittwitz und Gaffron, Mario Passarge, Kurt Riezler, Walter Schotte, Felix Somary, Ferdinand v. Stumm, Oskar Trautmann, Fritz Wichert.

## 340-Milliardenforderung Frankreichs.

Genf, 18. Nov. (II) Wie der „Matin“ feststellt, werden die Ansprüche Frankreichs an Deutschland 340 Milliarden betragen. Diese Summe setzt sich wie folgt zusammen:

Rückzahlung der 5 Milliarden Kriegskosten von 1870 mit Zins und Zinseszins	140 Milliarden,
für Invalidenpensionen	50 Milliarden,
für Kriegskosten	50 Milliarden,
zum Wiederaufbau u. als Schadenersatz	100 Milliarden.

Die vorherige Anerkennung dieser Gesamtsumme sei, wie das Blatt hervorhebt, die Vorbedingung der Friedensverhandlungen. Alle anderen Entente-Länder würden ähnliche Forderungen stellen, sodas das deutsche Nationalvermögen zur Begleichung nicht ausreicht. Die Entente werde deshalb bestimmen, wieviel man den Deutschen jährlich zum Leben lassen müsse.

## Die Entente und die Lage in Deutschland.

Zürich, 18. Nov. (II) In Paris verlautet, daß die Vorfriedensverhandlungen bereits in den nächsten Tagen ihren Anfang nehmen werden, daß diese Verhandlungen aber mit der eigentlichen Friedenskonferenz nicht identisch seien. Zuerst müsse die Konsolidierung der Verhältnisse in Deutschland abgewartet werden, denn es besteht nirgends die Absicht, aus der jetzigen Lage Deutschlands Kapital zu schlagen. Die Entente werde vermutlich in der nächsten Note an Deutschland anfragen, zu welchem Zeitpunkt die verfassungsmäßige Vertretung des deutschen Volkes, mit der die endgültigen Verhandlungen geführt werden, gebildet sein dürfte. Da Scheidemann die Neuwahlen zur Nationalversammlung für den Januar in Aussicht gestellt habe, rechne man am Quai d'Orsay damit, daß die eigentliche Friedenskonferenz Mitte oder Ende Januar beginnen könne.

Oberst House äußerte Pressevertretern gegenüber seine Befriedigung über den Weg, den die deutsche Revolution einzuschlagen scheint. Die Alliierten hätten nicht die Absicht, gegen Deutschland vorzugehen.

Sie wollten vielmehr mit Deutschland zusammenarbeiten. Mit einem Deutschland, das unter einer Diktatur stehe, sei es eine militärische oder eine revolutionäre könnten die Alliierten nicht verhandeln. Wilson würde einer revolutionären Diktatur gegenüber den gleichen Standpunkt einnehmen, den er der Diktatur der Hohenzollern gegenüber eingenommen habe. Der Gewalt keinen Frieden und kein Brot! Ein wirkliches demokratisches Deutschland werde schneller, wie vielleicht seine eigenen Söhne es erwarten, wieder zu einer geeinigten Völkergemeinschaft gelangen.

## Die Europareise Wilsons.

Zürich, 18. Nov. (II) Die amerikanischen Zeitungen widmen der Europareise Wilsons zur Friedenskonferenz große Artikel. Der Kongreß soll eine besondere Bewilligung erteilen. Wilson begibt sich dann nach Versailles, um an der Schlussitzung teilzunehmen.

## Die Auslieferung der Kriegsslotte.

Kiel, 18. Nov. (II) Der erste Teil der für die Internierung bestimmten Kriegsschiffe hat Sonntag nachmittag den Kieler Hafen verlassen und ist durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach der Nordsee abgedampft, wo die Schiffe weiteren Befehl erwarten, in welchen Häfen sie interniert werden sollen. Bis zum Abend waren ausgelaufen die Linienschiffe „Bayern“, „Großer Kurfürst“, „Kronprinz Wilhelm“, „Markgraf“, „König Albert“ und „Kaiserin“, ferner die Kreuzer „Seydlitz“ und „Moltke“.

## Der Rückmarsch der Armee.

Berlin, 18. Nov. Während nach den bisher hier vorliegenden Meldungen der Rückmarsch der Armee im Rheinland sich in vollster Ruhe und Ordnung vollzieht, scheint es, wie der „Vorwärts“ meldet, in Baden und Württemberg nicht gelungen zu sein, die Ordnung des Rückzuges zu sichern. Die Verpflegung der Truppen klappt nicht, und die Soldaten heissen sich selbst, wo sie Lebensmittel finden. Unter den Bauern soll erbitterte Stimmung herrschen. Da der behördliche Schutz versagt, greifen die Bauern zur Selbsthilfe. In den Städten, die überfüllt sind, soll die Lage ebenfalls sehr mißlich sein.

Berlin, 17. Nov. Von den verschiedenen Polizeipräsidien in Großberlin sind seit heute Sicherheitswachen eingerichtet oder in der Bildung begriffen. Diese sind dazu bestimmt, die Kopfbahnhöfe so zu besetzen, daß die zurückzuziehenden Truppen von Berlin abgeleitet werden. Für Verpflegung ist gesorgt. Es haben gestern abend zwischen dem Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn und dem Kommandanten Wels eingehende Beratungen stattgefunden, die zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben.

## Die Befehung von Meh.

Meh, 18. Nov. Im Laufe des gestrigen Nachmittags sind die ersten Vortrupps der Alliierten — Franzosen, Engländer und Amerikaner — in Autos so wie in kleineren Abteilungen hier eingetroffen.

## Die Einigung der liberalen Parteien.

Berlin, 18. Nov. (II) Der geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei hat gestern endgültig der Vereinigung mit der national-liberalen Partei und den Unterzeichnern des demokratischen Aufrufs zugestimmt.

Berlin, 18. Nov. (II) Der bisherige Bizekanzler und hochverdiente liberale Politiker Herr v. Bayer beabsichtigt, sich vom politischen Leben zurückzuziehen. Er hat seinen politischen Freunden erklärt, daß er auch eine eventuelle Wahl zur Nationalversammlung nicht annehmen würde.

## Einigung zwischen Konservativen und Reichspartei.

Berlin, 18. Nov. (II) Wie der „Volkanz“ erzählt, haben sich die konservativen Partei und die Freikonservativen bzw. die frühere Reichspartei zu einer einzigen Partei zusammengeschlossen.

## Eine internationale Arbeitervereinigung.

Genf, 18. Nov. (II) Nach der „Humanité“ beschloß der französische allgemeine Gewerkschaftsbund auf Anregung der amerikanischen Arbeiterföderation einen allgemeinen internationalen Arbeiterverein zu berufen, um zwischen den Arbeitern der ganzen Welt wieder brüderliche Beziehungen anzuknüpfen und damit eine geeignete Grundlage für den Völkfrieden zu schaffen.

## Sonntagsversammlungen in Berlin.

Berlin, 18. Nov. (II) In Berlin fanden gestern mehrere Massenversammlungen statt, an denen Vertreter der Regierung teilnahmen und die den Zweck hatten, das Verhalten verschiedener großer Berufsverbände zu der neuen Lage festzustellen. In einer großen Kundgebung der Angestelltenverbände wurde die

Befreiende deutsche Revolution begrüßt und eine Anzahl dringender Forderungen aufgestellt, darunter die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer, die Arbeitsbeschaffung, die Arbeitslosenunterstützung, der Schutz vor Gehaltskürzungen, das Koalitionsrecht, die Abschaffung der Klausel, der siebenstündige Höchstarbeits-tag, vollständige Sonntagruhe usw. Schließlich wurden Vertreter in den Arbeiterrat gewählt. Auch der Reichsverband der deutschen Presse schritt zur Gründung eines Journalistenverbandes und wählte Vertreter in den Arbeiterrat. Die deutschen Post- und Telegraphenbeamten fordern Dienstverleinerung und Gehaltsaufbesserung. Sie, wie auch die Eisenbahnbeamten wählten Mitglieder zum Arbeiter- und Soldatenrat und verlangten die unverzügliche Einsetzung von Beamtenschaft. Die gesamte Berliner Lehrerschaft bestimmte Vertreter für den Arbeiter- und Soldatenrat und sprach sich für die Einheitschule und die Beseitigung aller sozialen und konfessionellen Trennungen in der Schule aus. Die Deutsch-Oesterreicher Groß-Berlins demonstrierten in einer imposanten Massenversammlung für das Selbstbestimmungsrecht Deutsch-Oesterreichs und für den Anschluß an Deutschland.

### Die Lage im Osten.

#### Die Einberufung der Nationalversammlung.

Berlin, 18. Nov. (U) Der Volksrat des Arbeiter- und Soldatenrates hielt am Sonntag eine Sitzung ab, in der die Ostfragen erörtert wurden. Es handelte sich darum, die Liquidierung der Besetzung der Randstaaten herbeizuführen, die sich im Einvernehmen mit der dortigen Bevölkerung vollziehen soll. Ganz besondere Schwierigkeiten macht die Lage in unseren östlichen Provinzen. Die Entwicklung, die sie zu nehmen scheint gibt zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß. Es ist bisher nicht möglich gewesen, Abhilfe zu schaffen, da es an den dazu erforderlichen Mitteln zur Zeit fehlt. — Die Frage der Einberufung der verfassungsgebenden Nationalversammlung soll heute erörtert werden. In den Kreisen der Unabhängigen ist man der Meinung, daß man zur Frage der Einberufung der Nationalversammlung zur Zeit noch nicht Stellung nehmen sollte, da man vorher die Errungenschaften der Revolution befestigen und eine weitgehende Sozialisierung durchsetzen müßte. Da indessen sehr gewichtige Gründe, darunter die Frage des Friedensschlusses mit dem Vielverhand, dafür sprechen, daß durch schnelle Einberufung der Nationalversammlung eine Vertretung und Regierung des deutschen Volkes geschaffen wird, so erscheint es fraglich, ob die Unabhängigen in ihrer Mehrheit sich nicht doch noch eines anderen bestimmen werden.

#### Keine russische Vertretung wünschenswert.

Berlin, 18. Nov. (U) Die deutsche Reichsleitung hat die Sowjetregierung dahin verständigt, daß eine Vertretung der letzteren in Berlin vorläufig nicht wünschenswert sei.

### Vom Tage.

Berlin, 16. November. (Amtlich.) Die großen Arbeitgeberverbände vereinbaren mit den Gewerkschaften der Arbeitnehmer das Folgende:

1. Die Gewerkschaften werden als berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt.
2. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig.
3. Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Werkvereine (die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereine) fortan vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.
4. Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, in die Arbeitsstelle sofort nach Meldung wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege inne hatten. Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände werden dahin wirken, daß durch

Verschaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen diese Verpflichtung in vollem Umfange durchgeführt werden kann.

5. Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises.

6. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen hierüber sind ohne Verzug aufzunehmen und schleunigst zum Abschluß zu bringen.

7. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterschaft von mindestens 50 Beschäftigten ist ein Arbeiterausschuß einzusetzen, der diese zu vertreten und in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber zu wachen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarungen geregelt werden.

8. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsausschüsse resp. Einigungsämter vorzusehen, bestehend aus der gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.

9. Das Höchstmäß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf 8 Stunden festgelegt. Verdienstschmälerungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.

10. Zur Durchführung dieser Vereinbarungen, sowie zur Regelung der zur Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeitnehmerschaft, insbesondere der schwer Kriegsbeschädigten, zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen ein Zentralausschuß auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliedertem Unterbau errichtet.

11. Dem Zentralausschuß obliegt ferner die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, soweit sich solche namentlich bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen. Seine Entscheidungen haben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der in Frage kommenden beiderseitigen Berufsverbände angefochten werden.

12. Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gelten vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung bis auf weiteres mit einer gegenseitigen dreimonatigen Kündigung.

Diese Vereinbarung soll sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Angestelltenverbänden gelten.

Berlin, den 15. November 1918.

Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Gesamtverband deutscher Metall-Industrieller, Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Feinverband, Verband deutscher Waggonfabriken, Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie, Berliner Arbeitgeberverband der chemischen Industrie, Arbeitgeberverband der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzindustrie, Reichsverband der deutschen Kaviarindustrie und verwandter Berufe, Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Arbeitgeberverband deutscher Schlossereien und verwandter Gewerbe, Bund der Arbeitgeberverbände Berlins, Zentralverband deutscher Arbeitgeber in den Transport-, Handels- und Verkehrsgewerben, Schutzverband deutscher Stein-druckereibesitzer, Oberdeutscher Berg- und Hüttenmännischer Verein, Rattowig, Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Hauptvorstand Berlin, Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, östliche Gruppe, Rattowig, Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie, Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe, Arbeitgeberverband im Rohrlagergewerbe, Allgemeiner deutscher Arbeiterschutzbund für das Vädergewerbe, Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Verband der deutschen Gewerksvereine (S. D.), Polnische Berufsvereinigungen, Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände.

Dr. Sorge, Hilger, Hugo Stinnes zugleich für Weidenberg, Eugen Berg, Bögl, Spingerum, von Baumer zugleich für A. von Kievel, Dietrich, Paul Renkers, Dr. Emil Laufen, C. A. Siemens, Rathenau, E. von Borst, Direktor Albert Müller, Heinrich, Ernst Purtschke, Beuler.

E. Regien, A. Stegerwald, Gustav Hartmann, Hugo Sommer, Dr. A. Timmann, Dr. Höhle, Paul Westermeyer, Dr. Tänzler in Vollmacht für Kommerzienrat Kroll, Schrey, Lammer.

Diesen Vertrag veröffentlichen wir mit dem Ersuchen an die Leiter der Reichsbetriebe, seine Bestimmungen in den von ihnen geleiteten Betrieben zu beachten. Den Leitern der Landes- und kommunalen Betriebe wird das Gleiche empfohlen.

Berlin, den 15. November 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten.  
Ebert, Saaf

In den letzten Tagen sind der Reichsregierung aus allen Kreisen der Provinz eine überwältigende Anzahl von Rundgebungen zugegangen, in denen die Treue zum Reich und die Sorge für die Zukunft der Provinz erschlauernden Ausdruck findet. Die Reichsregierung hat von diesen Rundgebungen mit tiefer Anteilnahme Kenntnis genommen und sie zur Bearbeitung und Verwertung des darin enthaltenen wertvollen Materials den zuständigen Behörden überwiesen. Da es nicht möglich ist, allen Einleitern persönlich zu danken, bitte ich Euerer Erzellenz den Dank der Reichsregierung öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Die Regierung hat sich fest auf den Boden der Wilsonschen Grundzüge gestellt. Sie ist deshalb auch gewillt, unberechtigten Forderungen mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

gez. Ebert.

Diese Rundgebung der Reichsregierung, welche die schweren Sorgen der treudeutschgesinnten Ostpreußen um ihre nationale Zukunft lindert, wird von den Bewohnern Ostpreußens aller Stände und Berufe mit aufrichtigem Dank begrüßt werden. Die Bestrebungen nach Abklärung ostpreussischer Gebietsteile zur Vergrößerung des polnischen und litauischen Staates dauern fort. Die Agitatoren wenden sich weniger an die nationalen Empfindungen der litauisch oder masurenisch sprechenden Bevölkerung als an die niedrige Eigenschaft der Besitzenden in diesen Gebieten, denen vorgerebet wird, daß sie unter litauischer oder polnischer Herrschaft — weniger Steuern zahlen würden als unter deutscher. Aber diese Nachschichten werden an der gesunden Vernunft und der Vaterlandsliebe der überaroben Mehrheit aller Ostpreußen scheitern und denen, die sie betreiben, oder sich aus Eigenschaft dafür gewinnen lassen, nur die Verachtung aller anständig Besinnlichen eintragen.

#### Unermittelte Seeresangehörige.

#### Nachlaß- und Fundfächer.

Die 26. Nummer der Liste „Unermittelte Seeresangehörige, Nachlaß- und Fundfächer“ ist am 1. November 1918 als Beilage zur „Deutschen Verlustliste“ erschienen. Vervollständigt wird die Liste durch ein Namensverzeichnis von Gefallenen und Vermissten, deren Angehörige nicht zu ermitteln waren, ferner durch Mitteilungen über unbefehlbares Offiziers- und Mannschaftsgepäck, das beim Militär-Büroamt in Berlin lagert. Der Liste liegt wieder eine Bildertafel bei, die außer den in den Nachlassfächern gefundenen Lichtbildern einige besonders auffällige Nachlassfächer, wie Uhren, Uhrketten usw. bringt.

Die Liste kann zum Preise von vierteljährlich 50 Pf. durch die Post bezogen werden. Einzelnummern (zum Preise von 20 Pf. einschl. Porto) sowie 6 ältere Nummern nach freier Wahl des Bestellers (zum Preise von 60 Pf. einschließlich Porto) können, soweit der Vorrat reicht, gegen Voreinsendung des Betrages von der Norddeutschen Buchdruckerei in Berlin, Wilhelmstr. 32, bezogen werden.

Prag, 16. November. (Tschecho-Slovakisches Pressebüro.) Nach den letzten Nachrichten hat sich die Lage in der Slowakei kritisch gestaltet. Durch aggressives Vorgehen der magyarischen Truppen sind Unruhen und Pogrome entstanden, bei denen der Vöbel geplündert und geraubt hat. Die heutigen Prager Zeitungen rufen einstimmig nach militärischem Einschreiten in der Slowakei. Morgen, Sonntag, werden zahlreiche Versammlungen in Prag veranstaltet, in denen die slowakischen Volksoertreter die verwerfliche Lage in ihrer Heimat besprechen werden.

Berlin, 16. November. Die Kriegsabrechnungsstelle des Verbandes Deutscher Radiabranten hielt am Donnerstag unter Vorsitz des Herrn Kommerzienrats Louis Mann eine Sitzung ab, in welcher mit Zustimmung der Reichsbehörden einstimmig beschlossen wurde, die Umstellung der gesamten Farben- und Lackindustrie auf Friedenwirtschaft sofort vorzunehmen. Es wurde einstimmig beschlossen, keine Schritte unternommen zu

## Rote Rosen.

Roman von G. Courths-Mahler.

### 43. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Die beiden Brüder saßen, nachdem sie mit der Gräfin Gerlinde ins Palais zurückgekehrt waren, noch ein Stündchen blaubernd zusammen.

Wenn hätte Henning seinen Bruder gefragt, ob jene Reizung in ihm erloschen sei, oder ob sie noch immer in seinem Herzen lebte und schuld daran sei, daß er Josta nur „unbegrenzte Sympathie und herzliche Hochachtung“ entgegenbrachte. Er hätte ihm gern gesagt, daß Josta doch geschaffen sei, Liebe zu geben und zu empfangen. Aber er wagte es nicht, dies Thema zu berühren. Erstens wußte er, daß Rainer noch stets sofort das Gespräch abgebrochen hatte, und zweitens traute er sich nicht die nötige Ruhe zu, darüber zu sprechen. Er hätte dann vielleicht sagen müssen, daß Josta ihm Einbild gewährt hatte in ihr Verhältnis zu Rainer, und das wollte er doch nicht tun.

„Wie kann man einer Josta nur mit solch lauen Gefühlen wie Hochachtung und Sympathie gegenübersehen? Wenn sie mir gehörte, ich.“

Henning dachte nicht zu Ende, was er begonnen hatte. Er erschraf vor seinen eigenen Gedanken und zwang sie gewaltsam in andere Bahnen. Es wurde ihm zur Gewisheit, daß es ein Unrecht an dem Bruder sein würde, wenn er noch weiter daran dachte, was ihn nicht loslassen wollte.

Und zum ersten Male stand etwas Fremdes, Unausgesprochenes zwischen ihm und Rainer. Es tat ihm weh, und doch konnte er es nicht beiseite schieben.

In der Nacht, die diesem Tage folgte, fand er erst lange keinen Schlaf. Er mußte wieder an allerlei denken, was er doch nicht denken wollte. Und plözlich trieb ihn dann ein Gedanke empor. Es durchfuhr ihn wie ein elektrischer Schlag.

„Was würde Rainer wohl tun und sagen, wenn ich zu ihm käme und sagte: Es ist ein Unrecht, daß du Josta ohne Liebe zu deiner Frau machst willst. Sie ist noch jung und unerfahren und kennt die Liebe nicht. Wie weiß nicht, was sie tut, wenn sie sich dir ohne Liebe

zu eigen gibt. Aber du kennst die Liebe, und es wäre deine Pflicht, sie vor solch einem Schritt zu bewahren. Wenn du Josta nicht liebst, so gib sie frei!“

Er starrte lange vor sich hin ins Dunkel der Nacht.

Bisher war er immer derjenige gewesen, der von Rainer geführt und geleitet wurde, und immer zu seinem Besten. Rainer würde sicher im umgekehrten Falle so zu ihm sprechen. Warum sollte nun nicht einmal der Jüngere den Älteren auf einen Fehler aufmerksam machen? Es geschah doch aus einem ethischen Herzen heraus, und in fester Ueberzeugung.

Oder doch nicht? Schimmerte nicht im Hintergrund seiner Seele ein egoistischer Gedanke, der sich um Jostas Person drehte? Er warf sich aufatmend in seine Kissen zurück und dachte zerknirsch:

„Das Beste ist, ich beichte meinem Rainer alles, was mich nicht zur Ruhe kommen läßt. Dann wird sich alles klären.“

Und endlich schlief er ein. Rainer hatte ihm bisher in allen Nöten treulich geholfen, er würde es auch diesmal tun.

Aber als er am nächsten Morgen in Rainers Zimmer trat, da sah er, daß dieser einige seiner Photographien vor sich liegen hatte und sie aufmerksam betrachtete.

„Hilf mir einmal die beste aussuchen, Henning. Du hörtest ja gestern abend, Josta wünscht ein Bild von mir zu besitzen. Ich will es ihr mit den Rosen dort schicken.“ sagte er.

Da erst erblickte Henning einen Korb voll der herrlichsten dunkelroten Rosen. Sie standen auf dem Tische. Und da erinnerte sich Henning an eine kleine Szene.

Rainer war im vorigen Jahre in Berlin gewesen, um ihn zu besuchen. Und da hatte Henning, als er mit dem Bruder die Linden entlang ging, in einem der dort befindlichen Blumengeschäfte ein Arrangement für die Gattin eines Kameraden als Geburtstagspräsident gekauft. Gleichgültig hatte Henning das erste Beste gewählt, einen Korb mit roten Rosen. Rainer hatte jedoch die Hand auf seinen Arm gelegt und gesagt:

„Henning, rote Rosen schenkt man nur einer Frau, die man liebt.“

Da hatte Henning lachend etwas anderes gewählt. Daran mußte er jetzt denken.

„Rote Rosen schenkt man einer Frau, die man liebt.“

Und Rainer schenkte Josta rote Rosen — was das nicht ein Zeichen, daß er sie liebte? Henning stand, schwebend in dem Anblick der Bilder vertieft, und sann darüber nach. Zufällig blickte er vor sich hin in einen Spiegel. In diesem Spiegel sah er Rainer vor den roten Rosen stehen, sah, wie er zärtlich mit der Hand darüber strich und sie küßte.

Henning biß die Zähne zusammen. Wie ein Schleier legte es sich über seine Augen. Da wußte er es genau, daß Josta sich irrte, wenn sie glaubte, Rainer liebe sie nicht. Vielleicht hatte er ihr seine Liebe nicht gezeigt, weil er wußte, daß sie ihn nicht liebte.

Und es stieg in ihm auf, wie heißes Mittel — mit Rainer — und mit sich selbst. Er konnte und wollte sich über dies Gefühl keine Rechenschaft geben, aber es war da und bedrückte ihn.

Um keinen Preis hätte er Rainer nun noch seine Gefühle und Gedanken beichten mögen, wie er es sich in dieser Nacht vorgenommen hatte. Jetzt war das alles anders geworden, jetzt durfte er Rainer nicht mehr von der eigenen Herzensunruhe sprechen.

Mit einem tiefen Atemzuge nahm er eine der Photographien auf, die ihm am treuesten Rainers Züge wiedergegeben schienen.

„Dies würde ich an deiner Stelle Josta schicken. Rainer. Sie wird sich darüber freuen.“ sagte er.

Und er dachte wieder daran, daß Josta von Rainer gesagt hatte: „Rein — ich liebe ihn nicht!“

Da durfte Rainer nun um keinen Preis wissen, daß Josta ihm das gesagt hatte.

Rainer nahm im lächelnd das Bild ab

„Meinst du, daß sie sich freut?“

„Sicher. Wir sprachen gestern von dir, als ich mit ihr die Photographien betrachtete. Weißt du, wie sie dich nannte?“

Rainer sah ihn gespannt an

„Ruh?“

„Einen Menschen, den man verehren muß,“ antwortete Henning, in dem Bestreben, dem Bruder etwas Liebes zu sagen.

## Frieden und Stoffnot.

Man schreibt uns:

In weiten Kreisen des Publikums ist der Glaube verbreitet, daß bei Eintritt des Friedens die Stoffpreise allgemein einen Sturz erleiden werden, der ganz beträchtlich sein müsse. Diese Annahme muß als eine irrtümliche bezeichnet werden. Leider werden von wenig sachverständiger Seite diese Irrtümer in die Welt gesetzt, ohne daß dafür zugleich eine überzeugende Begründung gegeben wird. Vor allem muß darauf hingewiesen werden, daß in allen Ländern ein außerordentlich großer Mangel an Stoffen jeder Art besteht und dieser Stoffnot erst nach Einfuhr großer Mengen von Rohwaren begegnet werden kann. Selbst wenn diese Rohware ins Land gekommen ist, bedarf es längerer Zeit, um sie zu Stoffen zu verarbeiten. Dazu kommt noch der überaus große Bedarf, der bei der riesigen Nachfrage nicht zuläßt, die Preise übermäßig zu verringern. Bei der Länge der Zeit, die in Deutschland noch vergehen wird, bis Stoffe für Kleidungsstücke in ausreichender Menge auf den Markt kommen, ist nicht daran zu denken, daß mit einem bedeutenden Heruntergehen der Preise gerechnet werden kann, nur allmählich werden sie im Laufe der Zeit niedriger werden. Wollt man sich uns im Inlande in keinem nennenswerten Umfange zur Verfügung, sie muß erst von Uebersee herüberkommen, und da z. B. England die ganze australische Wollproduktion angekauft hat, wird dieses Material erst den Weg über England nehmen müssen. Daß die englischen Wollhändler uns keine niedrigen Preise machen werden, kann man wohl ohne weiteres voraussetzen. Die Teuerung im Inlande selbst, die hohen Arbeitslöhne und die beträchtlichen Kosten, die uns der Krieg auferlegt, und schließlich die außerordentlich starke Nachfrage werden den Preis noch sehr lange auf ziemlich beträchtlicher Höhe halten. In ähnlicher Weise wird sich auch der Preis für Baumwollstoffe regulieren. Vielleicht werden gerade diese Gewebe noch am längsten auf einer hohen Preisstufe stehen, da gerade für Baumwollstoffe in der ganzen Welt ein ungeheurer Bedarf vorliegt. Auch Leinwand dürften ihre Höhe noch lange Zeit beibehalten. Was Seide anbelangt, die ja in der Kriegszeit ganz ungeahnte Preise beanspruchte, so ist es möglich, daß bei ihr sich vielleicht ein etwas schnellerer Abbau der Bewertung vollziehen wird. Die fertigen Seidenstoffe dürften jedoch nicht Hals über Kopf auf diejenigen Preisstufe sinken, die vielfach angenommen wird. Daß Schweizer Firmen den Markt mit ihren fertigen Seidenwaren überschwemmen werden, ist vollständig ausgeschlossen, da schon unsere Devisenpolitik dieses verhindern wird, abgesehen davon, daß diese ungeheuren Mengen von Seidenstoffen gar nicht existieren und schließlich Deutschland nicht allein solche Stoffe beansprucht, sondern überall in der Welt dafür ein großer Bedarf vorliegt.

Es kann nicht eindringlich genug darauf hingewiesen werden, daß für ziemlich lange Zeit noch mit hohen Preisen für alle Gewebe zu rechnen ist, vielleicht werden die Preise sogar vorübergehend wieder eine steigende Tendenz annehmen, nachdem sie in der ersten Zeit nach dem Kriege eine abfallende Konjunktur gezeigt haben. Solche Beobachtung haben wir schon einmal nach dem Frieden mit Rußland machen können. Da sich zudem bei der Entlassung unserer Truppen der Bedarf an Zivilkleidung noch riesig verstärken wird, so läßt sich kaum ein so rapider Preissturz erwarten, wie er in unverantwortlicher Weise vielfach prophezeit wird.

## Aus Nah und Fern.

Herborn, den 19. November 1918.

**Bringt die Fahnen heraus,  
auf Halbmaß oder mit Trauerbändern, aber  
bringt sie heraus an den Weg, wo die Tapferen  
kommen!**

\* Gestern und vorgestern hatten wir hier die erste Einquartierung der allmählich aus dem Felde zurückkehrenden Truppen. Es waren Automotoren. Die Mannschaften der mit Reichsfahnen und Tannenzweigen geschmückten Lastautos und Personenvagen wurden in Wirtschaften und im Bereichshausaal untergebracht. Eine Anzahl Bewohner der Kaiserstraße, in der die Autos aufgestellt waren, nahm freiwillig Leute ins Quartier, wofür sich letztere äußerst dankbar zeigten. Zum würdigen Empfang der weiter hier durchkommenden Truppen ist man dabei, den Eingang zur Stadt an der Rother Straße zu schmücken.

\* (Kriegshilfe der Schulen.) Durch die Vermittlung der Schulen des Aufsichtsbezirks Dillenburg I sind zur 9. Kriegsanleihe 253 535 Mk. gezeichnet worden. (4. Anleihe: 233 786 Mk., 5. Anleihe: 240 755 Mk., 6. Anleihe: 793 623 Mk., 7. Anleihe: 424 420 Mk., 8. Anleihe: 587 575 Mk.)

\* (Der erste Schnee.) Der recht seltene Fall, daß der erste Schnee zugleich in der Ebene und im Gebirge fällt, während durchweg doch unsere Höhen diesen Vorzug wochenlang vorher haben, trat gestern am Montag ein. Bei wunderbaren Reifbildungen und 5-6 Grad Kälte rieselt im Taunus der erste Schnee nieder, und in der Ebene fällt er bei ganz leichtem Frost, eine für den November rare Erscheinung. Zuletzt sah der Taunus übrigens vor knapp 5 Monaten Schnee, nämlich am 23. Juni 1918, dem Johannistag, übrigens auch ein meteorologisches Phänomen.

Die 3. Kadettenhaus Draniensstein wurde aufgelöst. Die vorhandenen Anlagen sollen zu einem Krüppelheim verwendet werden.

Eronberg. Hier hat sich ein Bürger- und Arbeiterrat gebildet. Die Mitglieder des Bürgerrates hatten ihre Mitarbeit von der Bedingung abhängig

gemacht, daß die rote Fahne vom Rathaus verschwindet.

Höchst a. M. Der hiesige USR legte Protest gegen die von der Regierung erlassene Bekanntmachung, wonach die auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählten städtischen Körperschaften und die auf Grund des Pluralwahlrechts ernannten Kreisausschüsse weiterbestehen sollen. Der USR erblickt darin ein Mittel, durch das die politische Macht den Arbeiter- und Soldatenräten wieder entzogen wird.

Frankfurt a. M. Zur ungehemmten Durchführung der riesigen Truppentransporte in das Landesinnere hat das Polizeipräsidium jede Reise von Zivilpersonen auf der Eisenbahn bis auf weiteres verboten. Nur in dringenden Fällen gibt das Präsidium einen Ausweis für die Verabfolgung von Fahrkarten in den Bahnhöfen.

Frankfurt a. M. Unter der Einwirkung der neuen politischen Ereignisse saßen Schuldeputation und Kuratorium der höheren Schulen in gemeinsamer Sitzung folgende für die Entwicklung des Frankfurter Schulwesens bedeutsame Entschlüsse: Der Lehrerschaft soll bei den Geschäften der Schulerwaltung eine weitgehende Mitwirkung eingeräumt werden; geheime Personalakten kommen in Fortfall. Körperliche Züchtigung der Kinder ist, von schweren Verfehlungen abgesehen, untersagt. Aus Geschichts-, Lese- und Lieberbüchern soll ebenso wie aus den Schulbüchereien alles ausgeschaltet werden was auf politischem und religiösem Gebiete tendenziös oder verkehrend wirkt. Die Lehramtsfreiheit soll weiter ausgebaut, mit dem Abbau der Fortschulen Ostern 1919 begonnen werden, das Hortwesen ist weiter auszubauen. Die Teilnahme am warmen Frühstück steht bereits heute allen Kindern frei, gleichzeitige Teilnahme an der Mittagsmahlzeit ist jedem Kinde auch ohne ärztliche Bescheinigung gestattet.

Das Modewarengeschäft von Maria Landauer, Theaterplatz 12, wurde in der Nacht zum Freitag von Einbrechern heimlich, die große Mengen Seidenstoffe, Seidenwaren, Schirme und Modewaren im Werte von annähernd 20 000 Mark erbeuteten. Auf die Herbeischaffung des Diebstahlgutes wurden 1000 Mark Belohnung ausgesetzt.

In einem hiesigen Proviantmagazin erschwanden sich mehrere falsche A.- u. S.-Räte größere Mengen von Lebensmitteln.

Wiesbaden. In einem hiesigen Konzerthaus bekam ein Feldwebel, der vor drei Jahren im Felde die Sprache verloren hatte, während eines Musikstückes die Stimme wieder.

Bommersheim. Kommandeur und Mannschaften haben die hiesigen Anlagen und Hallen eines Flakzuges im ersten Revolutionstage im Stich gelassen. Da der Flakzug noch Schulden bei der Gemeinde hatte, beschlagnahmte diese die wertvollen Anlagen bis zur Rückerstattung ihrer Forderungen.

Groß-Bimmern. Hier versuchte ein Zahlmeister mit mehreren Soldaten den wertvollen Inhalt eines Feld-Markdepotmagazins, den sie in etwa 20 Automobilen bei sich führten, zu verkaufen. Unter den Waren befanden sich u. a. Tausende von Zigarren, große Vorräte und viele Konserven. Die militärischen Freibeuter wurden nach Feststellung ihrer Personalkarten wieder entlassen, die Waren behielt man hier.

Griesheim b. Darmstadt. Ein furchtbarer Unglücksfall trat sich Samstag früh auf dem Truppenübungsplatz zu. Eine Anzahl Jungen schaute auf dem Fluggelände den Arbeiten an einem Flugzeug zu, als dieses plötzlich explodierte. Durch die umherfliegenden Stücke wurden drei Kinder auf der Stelle getötet, ein vierter Junge starb unter den Händen der Ärzte.

Hofgeismar. Mehrere Tage hindurch „revolvierten“ mit einer unerhörten Unverschämtheit falsche A.- u. S.-Räte hiesige Amtsstellen und Geschäfte, wobei sie natürlich auch „Beschlagnahmungen“ vornahmen. Endlich schöpften man gegen diese Herren, die drei Tage lang die Stadt regierten, Verdacht. Man benachrichtigte den Kasseler A.- und S.-Rat, der 50 Soldaten hierher schickte, die die Räuber beim Morgenrauschen aus den Betten holten und sie verhafteten.

Köln. In der Meldung der „Rheinischen Zeitung“ über das Explosionsunglück in Köln-Wahn kann mitgeteilt werden, daß es sich um eine absichtliche Sprengung einer dortigen Munitionsfabrik handelt, die bereits am vergangenen Sonntag, den 9. ds. Mts. erfolgte. Die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen waren von den Revolutionären aufgefordert worden, bis morgens 7 Uhr die Arbeitsstätte zu verlassen und zu streiken. Ein großer Teil weigerte sich, diesem Befehle nachzukommen. Darauf erschienen in einem Auto bewaffnete Soldaten und sprengten die Munitionsfabrik in die Luft. Die Zahl der Toten betrug über 200. Außerdem wurden zahlreiche Personen schwer verletzt. Die Explosion war trotz des Trübels in Köln hörbar.

Schweinfurt a. M. Als Lebensmittelhamster ersten Ranges wurde hier der Hauptmann G. vom Soldatenrat entlarvt. In der Wohnung dieses „Durchhalters“ fand man den Inhalt von nicht weniger als zwei Eisenbahnwaggons Lebensmittel, die aus dem Felde und der Etappe durch Soldaten des Hauptmanns herbeigeschafft waren. Das Lebensmittellager erhielt militärische Bewachung.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Beck.

## Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Am Donnerstag Ausgabe von Petroleum auf Dezember-Abchnitt in der Verkaufsstelle von Paul Quast.

Herborn, den 19. November 1918.  
Der Bürgermeister: Birkenhagl.

lassen, um möglichst viele der aus dem Felde heimkehrenden Kriegsteilnehmer einstellen und beschäftigen zu können.

Berlin, 17. November. Der bisherige Verwaltungschef von Polen, von Steinmeister, meldet dem Reichsamt des Innern aus Thorn vom 17. November, daß der zweite Transport von Frauen und Angestellten der Zivilverwaltung aus Warschau wohlbehalten angelangt sei, und daß nur solche zurückgeblieben seien, die den Anschlag verfehlten oder zurückbleiben wollten. Warschau sei am 16. November ruhig gewesen.

Königsberg i. Pr., 16. November. Dem Oberpräsidenten ist vom Reichsamt des Innern folgendes Schreiben zugegangen:

Berlin, 17. November. Der vom Reichsamt des Innern ausgearbeitete Entwurf über die Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung steht als Termin für die Auslegung der Wählerlisten den 2. Januar 1919 als Wahltag den 2. Februar 1919 vor. Der Entwurf ist gestern fertiggestellt und bereits am Nachmittag von der Reichsregierung durchberaten worden. Es ist nicht unmöglich, daß diese noch größere Abänderungen an ihm vornimmt.

Rotterdam, 17. November. In Bath, Provinz Zeeland trafen elf deutsche Torpedoboote aus Antwerpen ein und wurden sämtlich interniert.

Cassel, 17. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Cassel veröffentlicht zur Übersiedelung des Hauptquartiers nach hier eine Erklärung, in der es heißt: Mitbürger und Soldaten! Heute trifft der Generalfeldmarschall von Hindenburg mit Offizieren und Mannschaften des Großen Hauptquartiers in Cassel ein, um von Wilhelmshöhe aus die Demobilisation unserer Truppen zu leiten. Hindenburg gehört dem deutschen Volk und dem deutschen Heere. Er hat sein Heer zu glänzenden Siegen geführt und sein Volk in schwerer Stunde nicht verlassen. Wie hat Hindenburg in der Größe seiner Pflichterfüllung uns näher gestanden als heute. Seine Person steht unter unserem Schutze. Wir wissen, daß die bürgerliche und soldatische Bevölkerung Cassels ihm nur Gefühle der Verehrung und Hochachtung entgegenbringen wird, und daß er vor der Belästigung sicher ist. Der Generalfeldmarschall trägt Waffe, ebenso die Offiziere und Soldaten des Großen Hauptquartiers, wenn sie ihn begleiten.

Köln, 17. November. Das A. D. A. Heimatschutz Ost ruft, um die an der Litgrenze von Polen aus drohenden Gefahren zu beschwören, zur Bildung eines freiwilligen Korps auf. Die Gefahren bestehen weniger in der polnischen Gegnerschaft, als vielmehr darin, daß lichtschweres Gesindel sich zumamentum, um deutsche Werte zu zerören. Es sind dort große Gefangenenlager vorhanden, in denen Russen, Franzosen und Engländer untergebracht sind. Infolge der letzten Ereignisse sind diese Gefangenen vielfach unbewacht und treiben sich im Lande herum. Von Ober-Ost kommen deutsche Soldaten nach entbehrungsreichen Marschen zurück. Die Bevölkerung ist aus allen diesen Gründen in schwerer Sorge und richtet bewegliche Bitten nach Berlin um Schutz. Deshalb wurde das A. D. A. Heimatschutz-Ost gegründet. Die Generalkommandos sollen die Bildung des freiwilligen Korps in die Hand nehmen. Die Soldaten des Korps unterliegen keinem Zwange zum Beitritt, sondern werden kontraktlich verpflichtet. Der Kontrakt muß allerdings gehalten werden. Es ist an eine am Gegenab zu bisher beträchtliche Löhnung gedacht, ungefähr 12. 3.— pro Tag. Die Soldaten werden in Bürgerquartieren untergebracht. Auch will man Offiziere in größerer Anzahl gewinnen. Die polnische Frage muß bei den Friedensverhandlungen gelöst werden, kann aber nicht der Willkür polnischer Chauvinisten und Abenteuerer überlassen werden.

Wien, 17. November. In den hiesigen Marinekreisen ist die Nachricht eingetroffen, daß das französische Flaggschiff „Waldeck Rousseau“ beim Einlaufen in Bocche di Cattaro auf eine Mine gestoßen und gesunken ist. Der größte Teil der Besatzung wurde gerettet.

Potsdam, 17. November. An den Vorkassäulen ist folgender Anschlag zu lesen: Ich bitte die Kameraden der Garnison Potsdam, sich der neuen Reichsregierung zur Verfügung zu stellen. Wir alle wollen das Wohl unseres Vaterlandes und Volkes. Prinz Eitel Friedrich.

München, 17. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat München teilt mit: Die Rückkehr der Armee vollzieht sich bisher in vollster Ruhe und Ordnung.

Helsingfors, 17. November. Das amtliche finnische Pressebüro teilt mit, daß die Regierung von Finnland keinerlei Verhandlungen mit der englischen Regierung wegen Entsendung von englischen Truppen aeführt hat.

Rainer sah vor sich hin und dachte, daß ihm Liebe viel höher gelten würde als Verehrung. Aber er lächelte doch.

„So, das hat sie gesagt.“  
„Ja, Rainer. Wir beide haben ein wenig von dir geschwärmt und waren uns einig, daß du ein herrlicher Mensch bist.“

Da sah Rainer den Bruder in unterdrückter Erregung bei den Schultern.

„Ich danke dir, daß du mir das sagst, mein Henning, — denn ich kann ein wenig Aufmunterung vertragen. Denn sieh, ich stehe Josta mit einem etwas zaghaften Empfinden gegenüber, weil ich weiß, sie sieht in mir nur dem guten alten Onkel Rainer. Und da komme ich mir zuweilen so alt vor — so alt, daß ich dich gestern glühend um deine Jugend beneidete. Wäre ich zehn Jahre jünger — ich wüßte nicht, was ich darum gäbe. Lache mir nur aus, mein lieber Junge! Wenn man in meinem Alter noch einmal von der Liebe gepackt wird, dann ist es besonders schlimm!“  
Henning drückte des Bruders Hand und preßte sie zwischen seinen.

„Zum Vagen finde ich das nicht, Rainer. Josta ist ein so liebenswertes Geschöpf. Ich kann dich verstehen. Aber auch du bist geschaffen, um geliebt zu werden, und nur darüber muß ich lachen, daß du dir zu alt vorkommst. Ich wünsche dir heute noch einmal von ganzem Herzen Glück. Du und Josta — ihr seid einander wert, und es kann gar nicht anders sein, als daß sie dich lieben muß. Sie wird es schon verlernen, in dir den Onkel Rainer zu sehen.“

So sagte er bewegt, und in seinem Herzen war der ehrliche Wunsch, daß Rainer und Josta miteinander glücklich werden möchten. Daß ihm dabei zumute war, als gäbe es plötzlich kein Glück mehr für ihn selbst auf der Welt, ließ er sich nicht merken, damit wollte er schon fertig werden, glaubte er.

(Fortsetzung folgt.)

### Bekanntmachung.

**Sämtliche Soldaten**, welche gegenwärtig nach Herborn beurlaubt sind, (auch Erholungsurlaub), haben sich bis **Mittwoch mittag 12 Uhr** beim **Soldatenrat** (Rathaus, Eingang Bahnhofstraße) zu melden.

**Arbeiter- und Soldatenrat:**  
Peter, Vorsitzender.

### Bekanntmachung

Im Einvernehmen mit dem Soldatenrat wird die Bürgererschaft darauf hingewiesen, daß alle **Ausrüstungsgegenstände, Waffen, Munition und sonstige Sachen**, welche von Soldaten zur Aufbewahrung übergeben werden sollten, anzunehmen sind und hierüber sofort Mitteilung an den Soldatenrat zu machen ist, welche das weitere veranlassen wird.

Nichtbeachtung dieser Anordnung hat Bestrafung zur Folge.

Herborn, den 19. November 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Die Beträge für abgelieferte Metalle kommen am **Freitag, den 22. ds. Mts. von 9-12 Uhr vorm.** auf Zimmer Nr. 9 des Rathauses zur Auszahlung.

Es wird dringend ersucht, die Beträge in der oben angegebenen Zeit abzuheben, da eine spätere Auszahlung nicht mehr erfolgen kann.

Herborn, den 19. Nov. 1918.

Die Polizei-Verwaltung:

Der Bürgermeister: Birkendahl.

### Mehlzulage in der fünften fleischlosen Woche.

Beurlaubte Militärpersonen erhalten wie bisher eine Reichsfleischkarte. Der Bedarf der auf dem Marsch befindlichen Truppen wird durch die Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung aus Heeresbeständen gedeckt. Wilddurchziehende Truppen sind d.n. militärischen Verpflegungsstationen zuzuführen. Etwaige Anfragen hierüber sind an die Kreisfleischstelle hier, Fernsprecher 286, zu richten.

Die Woche vom 18. bis zum 24. d. Mts. bleibt fleischlos.

Mit Rücksicht auf die veränderte Lage und die noch zu erwartenden Verhältnisse kann nicht dringend genug empfohlen werden, die für den eigenen Haushalt bestimmten Schweine bald zu schlachten.

Die Schlachterlaubnis wird auch erteilt, wenn die dreimonatige Haltefrist noch nicht ganz abgelaufen ist.  
Dillenburg, den 18. November 1918.

Der Landrat: v. Sybel.

### Fleischversorgung und Hauschlachtungen.

Zu der fünften fleischlosen Woche vom 18.-24. November werden als Ersatz für die fortfallenden Fleischmengen 125 Gramm Mehl auf die Fleischkarten und Vorzugskarten und 62½ Gramm Mehl auf Kinderfleischkarten ausgestellt.

Die Abgabe des Mehles hat entweder gegen Auswägung der für die genannte Woche gültigen Reichsfleischmarke oder gegen sonstigen Ausweis zu erfolgen.  
Dillenburg, den 15. November 1918.

Der Landrat: v. Sybel.

## Öffentliche Volks-Versammlung.

Zur Bildung

eines Bauernrates,

evtl. eines Bauern-Handwerker u. Arbeiterrates für Driedorf und Umgebung

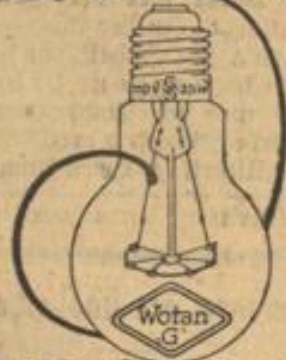
findet eine

öffentliche Versammlung

am **Mittwoch, den 20. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr** im Lokale des Herrn **Kompf, am Bahnhof Driedorf** statt. — Jedermann ist eingeladen.

Saxfeld-Driedorf. Hof-Seilhofen. Weiß-Ademühlen.

Gasgefüllte  
**Wotan-Lampen**  
sind zeitgemäß



Mehr Licht für gleiches Geld

In Herborn zu haben bei  
**Gustav Blecher, Elektrotechnische Werkstätte.**

### An die Bürgerchaft!

Wir bitten dringend, **keinem Soldaten Quartier zu gewähren**, der nicht durch einen vom Bürgermeiſteramt ausgefertigten Unterkunftsausweis legitimiert ist.

Herborn, den 19. Nov. 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.  
Reuter. Peter.

## Bekanntmachung.

Alle Soldaten, Mannschaften wie Offiziere, welche sich unerlaubt von ihrem Truppenteil entfernen, haben nicht nur strengste Bestrafung zu gewärtigen, sondern haben auch keinen Anspruch auf Lebensmittelkarten, Verpflegung und Quartier. Sie gehen jedes Anspruchs auf Rente, Entlassungsgebühr von 50,- Mark, Marschgebühr, Anzug verlustig. Wer nicht ordnungsgemäß entlassen in das besetzte Gebiet kommt, setzt sich der Gefahr der Internierung aus.

Wer sich unerlaubt von seinem Truppenteil entfernt, hat sich sofort auf dem nächsten Garnison-Kommando oder Bahnhofskommandantur zu melden. Diese sorgen für Verpflegung, Unterkunft und Weiterbeförderung zum Ersatztruppenteil bezw. Entlassung zum Bezirkskommando des Heimatortes gemäß den Verfügungen des feld. Generalkommandos.

Alle Zivilbehörden sind angewiesen, keinerlei Lebensmittelkarten auszugeben, keine polizeiliche Anmeldung entgegenzunehmen und keine Arbeitsgelegenheit zu vermitteln ohne vorschriftsmäßigen Entlassungsausweis.

**Kameraden! Sorgt für Ordnung, damit der Feind nicht einmarschiert, um diese Ordnung herzustellen.**

**Kameraden! Der Feind schließt keinen Frieden, wenn in Deutschland keine Ordnung herrscht.**

Der Arbeiter- und Soldatenrat.  
Stellv. Generalkommando 18. Armee Korps.

Ordentliches, fleißiges

## Mädchen

für meine Lazarettküche zum baldigen Eintritt gesucht.

**Fritz Almann,**  
Schloßhotel,  
Dillenburg.

Junges Ehepaar sucht bis 1. Januar

## 2-Zimmerwohnung

Angebote unter 100 an die Geschäftsstelle d. Bl.

## Zigarren

so lange der Vorrat reicht  
45.00, 50.00 u. 60.00 M.  
pro 100 Stück. Näheres  
in der Geschäftsst. ds. Bl.

## Kosmetol-Creme

vorzüglich für Gesicht und  
Hautpflege empfiehlt  
Drogerie A. Doeinck.

Kaufe

## Schlachtpferde

zu den höchsten Tagespreisen. Unfälle werden schnell erledigt. Zahle hohe Prov. für Vermittlung.

**J. Schwarz, Siegen,**  
Leystraße 3. Telefon 361.

Zum Totenfest empfiehlt  
alle Arten

## Kränze.

Gärtnerei Schumann.

Medizinische

## Baseline

empfiehlt  
Drogerie A. Doeinck.

## Verloren.

Eine Brieftasche mit Inh. und Führerschein von Bahnhof Ehringshausen bis Herborn, oder in Herborn.

Abzug gegen gute Bel.  
**Heinrich Huttel,**  
Ehringshausen.

## Brieftasche

mit Inhalt gefunden.  
Abzuholen gegen Erstattung  
der Einrückungsgebühr.  
Herborn, Hinterland 11.

## Rübenschneider, Rübenmühlen

in verschiedenen Ausführungen empfiehlt  
**F. W. Rinder, Sinn.**

Milchseparatoren, Buttermaschinen,  
Wendepflüge aller Art, Obstpressen,  
Rübenschneider, Brockelmühlen,  
Zutterschneidmaschinen,  
Räucherapparate (Qualm)

sofort ab Lager lieferbar.

Reparaturen aller landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte. Autogen-Schweißung d. kompliziertesten Brüche

Filterfabrik Roth (Dillkreis).

## Holzfäller

für den Staatswald sucht die Oberförsterei Herborn. Anmeldung bei den Herrn Hegemeistern in Sinn, Ballersbach und Forsthaus Bicken.

## Silfsdienstmeldestelle Herborn und Städtischer Arbeitsnachweis

Kaiserstraße 28

vermittelt männliche und weibliche Arbeitskräfte aller Art.

Dienststunden: 8-12 Uhr vormittags,  
3-7 Uhr nachmittags.

## Todes-Anzeige.

Hierdurch die tieftraurige Nachricht, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, meinen herzenguten Mann, unsern treu-sorgenden Vater, unsern guten Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

## Moritz Schmidt

im Alter von 46½ Jahren, nach kurzem, schweren Leiden zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Herbornseelbach, England, Eifemroth, den 16. Nov. 1918.

In tiefem Schmerz:

**Frau Karoline Schmidt Ww.**  
nebst Kindern u. Angehörigen.

Die Beerdigung findet am **Mittwoch, den 20. November 1918,**  
vormittags 11 Uhr statt.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, gestern Abend gegen 10 Uhr unsere liebe, unvergeßliche Mutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

## Frau Johanne Cunz,

geb. Cunz,

nach kurzer Krankheit im vollendeten 82. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Sinn, Ehringshausen, den 19. November 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen:

**Frau Theodor Martin Wwe.**  
**Willi Martin und Frau**  
**Eleonore, geb. Weimer,**  
**Anna Martin**  
**Jacob Weimer.**

Die Beerdigung findet **Donnerstag, den 21. November 1918,**  
nachmittags 2 Uhr statt.